

Antwort der Partei DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des Landesverbandes Brandenburg des Deutschen Bibliotheksverbandes zur Landtagswahl 2009

Wahlprüfstein Nr. 1:

Rechtliche Absicherung der brandenburgischen Bibliotheken

- **Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines brandenburgischen Bibliotheksgesetzes einbringen oder einem solchen Antrag zustimmen?**
- **Stimmen Sie den Forderungen der Enquetekommission zu und wollen Sie die durch die öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?**

DIE LINKE steht der Schaffung eines brandenburgischen Bibliotheksgesetzes grundsätzlich positiv gegenüber. Bereits 2006 hatte die Fraktion in einem Antrag einen diesbezüglichen Prüfauftrag gestellt. Entscheidend für DIE LINKE war stets, dass auf diesem Weg Normen und Standards für die Bibliotheken geschaffen werden können, die man nicht mehr unterschreiten kann. Entscheidende Kriterien wäre Qualitätssicherung und Planungssicherheit. Auf jeden Fall müsste nach unserer Auffassung garantiert sein, dass verbindliche Festlegungen verankert werden, die nachträgliche Kürzungen bei der Landesförderung verhindern.

Dringend sind aus unserer Sicht darüber hinaus die Erweiterung landesbibliothekarischer Aufgaben, die finanziell und personell zu erweitern wären.

DIE LINKE stimmt den Forderungen der Enquetekommission zu und argumentiert selbst gegenüber der Landesregierung mit diesen Empfehlungen. Zugleich betonen wir immer wieder, dass aus der Zuordnung einer Aufgabe zu den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben nicht resultiert, dass diese Aufgabe verzichtbar ist. Dies trifft somit nicht alleine für die Bibliotheken zu, sondern in gleicher Weise für die gesamte kulturelle Grundversorgung.

Im Übrigen hat DIE LINKE einen umfassenden Antrag zur Förderung kommunaler Bibliotheken eingebracht, der zwar überparteilichen Zuspruch fand, jedoch schließlich durch die Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde. Kern des Antrags war die komplexe inhaltliche, finanzielle und nachhaltige Förderung der kommunalen Bibliotheken.

Wahlprüfstein Nr. 2:

Wissenschaftsstandort Brandenburg

- **Will Ihre Partei die Attraktivität des Hochschul- und Forschungsstandortes Brandenburgs durch eine ausreichende Finanzausstattung sicherstellen?**
- **Welche umfassenden Initiativen wird Ihre Partei ergreifen, um die Hochschulbibliotheken im Land finanziell und personell zu stärken?**

Seit ca. 15 Jahren engagiert sich DIE LINKE (PDS) für die Stärkung und Verbesserung der Ausstattung der Hochschulen. Die Vorstöße der Linken in den letzten Jahren wurden von der Landesregierung damit abgewehrt, dass die Hochschulautonomie und die freie Entscheidung der Hochschule gelte.

Durch die abgeschlossenen Zielvereinbarungen und das Mittelverteilungsmodell wurde dann der gegebene Rahmen durch die Landesregierung fest abgesteckt. Wir waren hingegen der Ansicht, dass die Aufwendungen bei Auslaufen der Bundesmittel für Bibliotheksausstattungen, wenn nicht komplett, so zumindest zu einem Teil ausgeglichen werden sollten.

Wir vertreten übergreifend die Auffassung, dass nur durch eine deutliche Verbesserung der Hochschulen im Landesetat den Hochschulbibliotheken dauerhaft geholfen werden kann.

Anlässlich der Vergabe der Mittel aus dem Konjunkturpakt war unsere Forderung, nicht nur in Gebäude, sondern auch in Personal, in Medien und in Ausstattung zu investieren.

Wahlprüfstein Nr. 3:

Zusammenarbeit von Schulen und öffentliche Bibliotheken

- **Wie bewertet Ihre Partei den Beitrag öffentlicher Bibliotheken für die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur und Bildungsqualität im Land Brandenburg?**
- **Können Sie sich eine Beteiligung des Landes an der Finanzierung des auch im Interesse des Landes liegenden Bildungsauftrages der öffentlichen Bibliotheken vorstellen?**
- **Wie kann diese aus Ihrer Sicht realisiert werden?**

Öffentliche Bibliotheken haben für DIE LINKE einen hohen Stellenwert, der häufig in seiner Bedeutung in der gesellschaftlichen Bewertung unterschätzt und noch zu wenig wahrgenommen wird.

Wir gehen gegen einen Trend an, der sich ausschließlich auf elektronische Medien verlassen soll.

DIE LINKE ist weiter die Auffassung, dass Bibliotheken einen Bildungsauftrag haben und dieser nur gemeinsam von den kommunalen und wissenschaftlichen Trägern auf der einen Seite und mit einer ressortübergreifenden Arbeit der Landesregierung (Bildung, Kultur, Soziales) zu meistern ist.

In dieser übergreifenden Arbeitsweise liegt der Schlüssel für weitere Fortschritte. Wir stellen uns einen weit größeren Anteil an Projektarbeit und deren Finanzierung durch das Land vor. Darüber hinaus auch weitere feste Finanzierungsformen im pädagogischen Bereich notwendig, die weitere außerschulische interessante Bildungsformen möglich machen. Daraus ergibt sich eine ressortübergreifende feste Finanzierung für öffentliche Bibliotheken, die etatmäßig fixiert werden muss.

Wahlprüfstein Nr. 4.

Förderung der öffentlichen Bibliotheken

- **Begrüßt Ihre Partei in diesem Zusammenhang die Erstellung eines Bibliotheksentwicklungsplanes für die öffentlichen Bibliotheken in Brandenburg?**
- **Welche landespolitischen Maßnahmen zur kontinuierlichen Förderung planen Sie für den Auf- und Ausbau von Bibliotheken und ihrer bereits bestehenden Medien- und Dienstleistungsangebote im Land Brandenburg?**

DIE LINKE würde unter der Maßgabe, dass auch das Land in die Verantwortung geht, einer Bibliotheksentwicklungsplanung für öffentliche Bibliotheken zustimmen. Darin sollten Perspektiven aufgezeigt werden, wie die notwendige Verankerung im Bildungssystem verwirklicht werden kann.

Insofern sollte die Entwicklungsplanung und eine zukünftige Gesetzgebung zu den öffentlichen Bibliotheken miteinander verbunden werden. Sollte dies in den nächsten Jahren gelingen, wäre dies ein großer Fortschritt.

DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass öffentliche Bibliotheken mit einem Medienetat ausgestattet sind, der modernen Erfordernissen standhält. Dazu gehören Neuerwerbungen im Printbereich ebenso wie bei elektronischen Medien.

Für ein Flächenland wie Brandenburg mit sehr unterschiedlicher demografischer Entwicklung in den einzelnen Regionen sind sehr genaue Aussagen in entsprechenden Entwicklungsplänen zu treffen. Grundsätzlich gilt, dass das Absinken von Einwohnerzahlen nicht automatisch eine Verringerung der Kultur- und Bildungsausgaben nach sich ziehen darf. Im Rahmen der von uns angestrebten Neubestimmung von Pflichtaufgaben setzen wir uns dafür ein, dass ein Bibliotheksnetz flächendeckend geschaffen wird. Vor allem aber steht oder fällt eine Bibliothek mit der Höhe des Etats für Neuanschaffungen und Fachpersonal. Zu beraten ist zukünftig, wie die Kompetenzen des Landesbibliotheksverbandes als fachliches Beratungsgremium erhöht werden können. Wir könnten uns eine Vereinbarung zwischen Verband und Ministerium vorstellen, die sich an die Vereinbarung zwischen Museumsverband und Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur anlehnt.